

DER STREIT DER IDEOLOGIEN UND DIE GEMEINSAME SICHERHEIT

GRUNDWERTEKOMMISSION
DER SPD

AKADEMIE FÜR
GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTEN
BEIM ZK DER SED

I.

Friedenssicherung durch gemeinsame Sicherheit

1. Unsere weltgeschichtlich neue Situation besteht darin, daß die Menschheit nur noch gemeinsam überleben oder gemeinsam untergehen kann. Eine solche Alternative ist historisch ohne Beispiel. Sie verlangt ein politisches Denken, das historisch ebenfalls ohne Beispiel ist, ein neues Herangehen an die internationalen Angelegenheiten, besonders an die Sicherung des Friedens. Der Krieg darf im Nuklearzeitalter kein Mittel der Politik mehr sein. Zwischen atomar gerüsteten Bündnissystemen wäre er das Ende jedweder Politik, die Zerstörung aller Zwecke. Friedenssicherung ist zur Grundvoraussetzung aller verantwortbaren Politik geworden.

Dem widerspricht jede Politik, die auf Forcierung des Wettrüstens, auf Konfrontation, Streben nach militärischer Überlegenheit, Unverwundbarkeit und globale Hegemonie setzt. Sie müßte dazu führen, daß die internationalen Spannungen anwachsen und sich die Gefahren für den Weltfrieden weiter erhöhen. Das Gebot der Stunde ist eine Wende in den internationalen Beziehungen, eine Politik der gemeinsamen Friedenssicherung, des Dialogs und der Abrüstung, des Kompromisses, des Ausgleichs der Interessen, der Kooperation und der Neubelebung des Entspannungsprozesses. Sie muß gegen alle Kräfte durchgesetzt werden, die noch immer glauben, durch ständiges Anhäufen neuer Massenvernichtungswaffen Sicherheit errüsten zu können. Eine solche Wende in der internationalen Entwicklung ist aber nicht nur notwendig, sie ist auch möglich.

- Frieden, Beendigung des Wettrüstens, Entspannung liegen im Interesse beider Systeme, aller Staaten und aller Völker, der gesamten Menschheit.
- Über soziale, politische, ideologische und weltanschauliche Unterschiede und Gegensätze hinweg wächst der Kreis

der Menschen, Organisationen, Parteien, Regierungen und Staaten, die dafür aktiv eintreten, ihr Einfluß wird immer spürbarer.

In Ost und West sehen immer mehr Menschen ein: Friede und Sicherheit im Nuklearzeitalter können nicht mit immer mehr und perfekteren militärischen Mitteln, sondern dauerhaft allein durch politisches Handeln erreicht werden. Nicht die Qualität der Waffen, sondern die Qualität der Politik entscheidet über Sicherheit und Stabilität in der Welt. Dieser Einsicht zum Durchbruch zu verhelfen, sie in praktische Politik umzusetzen, bedarf es des Engagements aller Menschen.

2. Friede kann heute nicht mehr gegeneinander errütet, sondern nur noch miteinander vereinbart werden. Daher muß gemeinsame und gleiche Sicherheit für alle organisiert werden. Dies verlangt, daß jede Seite die legitimen Sicherheitsinteressen der jeweils anderen Seite mit bedenkt und respektiert. Nur so können Dialog, Rüstungskontrollverhandlungen und konkrete Friedens- und Abrüstungsinitiativen vorankommen. Dabei muß jede Seite der andern das gleiche Maß an Sicherheit zubilligen, das sie für sich selbst in Anspruch nimmt.

Ein wirksames und dauerhaftes System internationaler Sicherheit muß nicht nur den militärischen, sondern auch den politischen, den wirtschaftlichen und den humanitären Bereich umfassen. Denn Abrüstung, Dialog und Vertrauensbildung, die Errichtung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung und das gemeinsame Herangehen an globale Probleme, internationale Zusammenarbeit zur Überwindung des Hungers fördern sich wechselseitig.

Die Konzepte der friedlichen Koexistenz und der gemeinsamen Sicherheit beruhen heute gleichermaßen auf diesen Erkenntnissen.

3. Ein politisches Denken und Handeln in den internationalen Beziehungen, das der neuartigen Bedrohung der Menschheit angemessen ist, muß vor allem dadurch gekennzeichnet sein, daß es

- die Bannung der nuklearen Gefahr,
- die Sicherung des Lebens und die Ge-

währleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle,

- die Erhaltung der Biosphäre und die Überwindung der ökologischen Krise,
- die Bekämpfung des Hungers, den Abbau der Verschuldung und der wirtschaftlichen Not in den Entwicklungsländern

als gemeinsame Menschheitsaufgaben versteht und anerkennt, die im gemeinsamen Interesse aller Menschen gemeinsam angepackt werden müssen.

Ziel eines solchen politischen Denkens und Handelns ist eine stabile und dauerhafte Friedensordnung in Europa und in der Welt, die den Krieg als Mittel der Politik ausschließt, den Einsatz militärischer Gewaltmittel - solange sie noch nicht beseitigt sind - verhindert, Konflikte zwischen den Staaten auf der Grundlage vereinbarter Verfahren friedlich regeln kann und das Selbstbestimmungsrecht eines jeden Volkes anerkennt und respektiert. Auch Militärdoktrinen, die ausschließlich auf Verteidigung und Nichtangriffsfähigkeit ausgerichtet sind, würden diesem Ziel dienen.

Dem oben formulierten Ziel entspricht eine Form der Auseinandersetzung zwischen den beiden gesellschaftlichen Systemen, die geprägt ist von friedlichem Wettbewerb, gewaltfreiem Streit über alle politischen und ideologischen Gegensätze sowie Zusammenarbeit zum beiderseitigen Nutzen und Vorteil. Dabei müssen beide Systeme ihren grundlegenden sozialökonomischen, politischen und ideologischen Gegensätzen zum Trotz - lernen, miteinander zu leben und gut miteinander auszukommen.

Dazu ist auf beiden Seiten nötig:

- Berechenbarkeit, Offenheit und Zurückhaltung in der Wahl der Mittel;
- die Fähigkeit zum Dialog, zur Vertrauensbildung, zum Konsens, zum Abbau von Mißtrauen und Bedrohungsängsten sowie zur Partnerschaft bei gemeinsamen Aufgaben.

Gegenwärtig besteht die wichtigste Aufgabe darin, die Dynamik der Aufrüstung zu stoppen und eine Dynamik der Abrüstung in Gang zu setzen.

II.

Friedlicher Wettbewerb der Gesellschaftssysteme

1. Die Beziehungen zwischen den beiden Systemen sind nicht nur durch gemeinsame, parallele oder sich annähernde, sondern vor allem auch durch entgegengesetzte Interessen charakterisiert. Das Nebeneinanderbestehen und die Auseinandersetzung qualitativ unterschiedlicher und entgegengesetzter sozialökonomischer und politischer Systeme ist ein wesentliches Kennzeichen der internationalen Beziehungen.

Aber nur wenn der Frieden gesichert ist und die Geschichte weitergeht, kann der Streit um das bessere Gesellschaftssystem ausgetragen werden.

2. Daher ist die Auseinandersetzung zwischen den gesellschaftlichen Systemen einzig und allein noch in der Form des friedlichen Wettbewerbs und also gewaltfrei zu führen. Jedes der beiden Systeme kann die von ihm beanspruchten Vorzüge nur durch das Beispiel zeigen, das die Menschen innerhalb und außerhalb seiner Grenzen überzeugt.

Der Wettbewerb der sozialen und politischen Systeme sollte darum geführt werden, welches der beiden Systeme den wirksamsten Beitrag zur Lösung der übergreifenden Menschheitsfragen leistet und welches die günstigsten gesellschaftlichen Bedingungen für die Entfaltung von Humanität bietet, welches den Menschen die bessere Chance gibt, ihre Interessen und Rechte durchzusetzen, ihre Werte und Ideale zu verwirklichen.

3. Vor allem geht es um den Beitrag des jeweiligen Gesellschaftssystems zur Sicherung des Friedens, zur Überwindung der Umweltgefahren, zur Entwicklung der Länder der Dritten Welt.

Dazu gehört

- die soziale Beherrschung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts;
- die Entwicklung lebendiger Demokratie,

die Verwirklichung und Weiterentwicklung der Menschenrechte in ihrer wechselseitigen Bedingtheit von sozialen, politischen und persönlichen (individuellen) Rechten;

- eine - auch gegenüber den nachkommenden Generationen verantwortbare Gestaltung des Verhältnisses von Ökonomie und Ökologie, von Mensch und Natur.

4. Wettstreit und Zusammenarbeit der gesellschaftlichen Systeme schließen sich nicht nur nicht aus, sondern bilden eine - wenngleich oft widerspruchsvolle - Einheit. Gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen Ost und West zum beiderseitigen Nutzen fördert die notwendige Wende in den internationalen Beziehungen und dient der Entspannung in Europa. Das belegen nicht zuletzt die Erfahrungen der Entspannungsperiode in den 70er Jahren. Andererseits erweitern Fortschritte in der Entspannung zugleich die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen den Staaten auf politischem, ökonomischem, wissenschaftlich-technischem, kulturellem und humanitärem Gebiet.

Beide Gesellschaftssysteme brauchen diese Zusammenarbeit, weil die Verflechtung der Weltwirtschaft fortschreitet, die Entwicklung der Produktivkräfte den nationalen Rahmen sprengt und die globalen Probleme sich zuspitzen.

Die Zusammenarbeit zwischen den Systemen und Staaten wird somit zu einer Voraussetzung für die Entwicklung der nationalen Wirtschaften und der Weltwirtschaft, für die schrittweise Lösung der globalen Menschheitsprobleme, für die Überwindung von Armut und Unterentwicklung in der Welt, für den Austausch auf den Gebieten der Kultur und der Information, kurz gesagt: Für die Entwicklung der menschlichen Zivilisation.

Wir wollen ein Europa der freundschaftlichen Kooperation, des Vertrauens und der guten Nachbarschaft. Die Vertiefung des gesamten KSZE-Prozesses bildet auch heute eine wichtige Grundlage hierfür. Beide deutsche Staaten sind aufgefordert, ent-

sprechend ihrer historischen Verpflichtung und politisch-geographischen Lage ihren Beitrag zu leisten.

5. Zu einer aktiven Politik der Friedenssicherung durch Abrüstung und des friedlichen Wettstreits zwischen den entgegengesetzten Systemen gibt es heute keine vernünftige Alternative mehr. Trotzdem trifft sie auf ernste Hindernisse.

Eine solche Politik des Wettstreits und der Zusammenarbeit geht von den entgegengesetzten gesellschaftlichen Strukturen und Prinzipien in beiden Systemen aus.

Der Systemwettstreit, wenn er einhergeht mit der Verringerung der Rüstungen, kann den sozialen Fortschritt in beiden Systemen befördern und beschleunigen.

III.

Notwendigkeit einer Kultur des politischen Streits und des Dialogs

Wir, deutsche Kommunisten und Sozialdemokraten, stimmen darin überein, daß Friede in unserer Zeit nicht mehr gegeneinander errüstet, sondern nur noch miteinander vereinbart und organisiert werden kann. Daraus ergeben sich neue Gemeinsamkeiten im Ringen um den Frieden.

Sozialdemokraten und Kommunisten berufen sich beide auf das humanistische Erbe Europas. Beide nehmen für sich in Anspruch, dieses Erbe weiterzutragen, den Interessen der arbeitenden Menschen verpflichtet zu sein, Demokratie und Menschenrechte zu verwirklichen.

Aber sie leben seit sieben Jahrzehnten in bitterem Streit darüber, in welcher Weise dies zu geschehen hat. Dieser Streit wird dadurch verschärft, daß beide oft mit denselben Begriffen verschiedene Inhalte verbinden. Die Sozialdemokraten verstehen sich als Teil der westlichen Demokratie. Für sie ist pluralistisch organisierte Demokratie mit ihren vielfältigen Formen von Gewaltenteilung und Machtkontrolle der verbindliche und notfalls unter Opfern verteidigte Rahmen, innerhalb dessen sie ihre Vorstellung-

gen von demokratischem Sozialismus verwirklichen wollen. Für Marxisten-Leninisten ist Demokratie als Form der Machtausübung in ihrem Wesen durch die Eigentumsverhältnisse an den entscheidenden Produktionsmitteln und damit verbundenen politischen Macht geprägt. Daher ist für sie die Überführung der wichtigsten Produktionsmittel in Gemeineigentum und die politische Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen Werktätigen das Fundament umfassender demokratischer Rechte. Sie verstehen Demokratie vor allem als die reale Mitwirkung der Werktätigen an der Leitung und Gestaltung der Wirtschaft und Gesellschaft und die Kontrolle darüber.

Für Sozialdemokraten haben die Menschenrechte in sich selbst absoluten Wert und sind gegenüber allen Formen wirtschaftlicher und staatlicher Macht auf immer neue Weise zu schützen und durchzusetzen. Sie sind in Form von Grundrechten Maßstab und Ziel staatlichen Handelns. Auf diese Grundrechte und die Grundwerte des demokratischen Sozialismus gründen sie ihre Politik sozialer Sicherheit und gleicher Lebens- und Bildungschancen.

Marxisten-Leninisten nehmen für sich in Anspruch, durch das gesellschaftliche Eigentum und die damit verbundenen politischen Machtverhältnisse die sozial-ökonomischen Grundlagen für die freie Entfaltung des Menschen geschaffen zu haben. Soziale Sicherheit, Vollbeschäftigung, soziale Gerechtigkeit und reale Bildungsmöglichkeiten für alle sind für sie unabdingbare Grundlagen für Demokratie und die Entfaltung aller Menschenrechte. Sie bestehen darauf, daß die Verwirklichung der Menschenrechte mit der weiteren Entwicklung ihres sozial-ökonomischen Systems verbunden ist.

Für Sozialdemokraten ist ein lebendiger, spannungsreicher und möglichst unbeschnittener Pluralismus in Kultur, Wissenschaft, Kunst und politischer Meinungsbildung unverzichtbarer Ausdruck von Freiheit, aber auch Voraussetzung und gleichzeitig Ergebnis einer Demokratie im Dienste der Entfaltung des Menschen.

Marxisten-Leninisten lassen sich davon leiten, daß die sozialistische Gesellschaft in ihrem Sinne in der Lage ist, wissenschaftlich-technischen Fortschritt mit sozialem Fortschritt untrennbar zu verbinden, so daß der Mensch im Mittelpunkt bleibt und nicht an den Rand des Geschehens gedrängt wird, daß das Schöpferum aller Menschen, ihre Kreativität und ihr Ideenreichtum die Verwirklichung ihrer vielfältigen Interessen und Bedürfnisse fordert und fördert.

Der Streit über diese Grundfragen wird weitergehen, auch die Hinweise darauf, wo auf der einen oder anderen Seite Theorie und Praxis nicht übereinstimmen. Der Streit über so gegensätzliche Grundpositionen läßt sich weder durch Kompromißformeln noch durch Appell an den Friedenswillen beenden. Es wäre auch niemandem damit gedient, wenn die Gegensätze verwischt würden. Aber der Streit über Grundpositionen kann Teil eines produktiven Wettbewerbs der Systeme werden, wenn er so ausgetragen wird, daß Kommunisten und Sozialdemokraten die Grundentscheidungen des jeweils andern beachten, keine Feindbilder aufbauen, die Motive der anderen Seite nicht verdächtigen, deren Überzeugungen nicht absichtlich verzerren und ihre Repräsentanten nicht diffamieren.

Beide Seiten werden sich an ihren Leistungen und Erfolgen, ihren Fehlleistungen und Mißerfolgen messen lassen müssen. Kommunisten sind fest davon überzeugt, daß ihr Sozialismus seine inneren Vorzüge - Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Geborgenheit für alle, Teilnahme der Werktätigen an der Vorbereitung, Entscheidung und Kontrolle der staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten, Verbindung des wissenschaftlich-technischen mit dem sozialen Fortschritt, Ausbildung und sichere Zukunft für die Jugend - gegenüber der kapitalistischen Gesellschaft immer umfassender entfalten wird.

Sozialdemokraten setzen - ohne die Gefahren kapitalistischen Wirtschaftens zu verkennen - darauf, daß freie, ungehinderte Diskussion, der Wettbewerb von Ideen und Lösungsansätzen am ehesten in der Lage

ist, auf bedrängende neue Fragen angemessene Antworten zu finden, neue technische Möglichkeiten in den Dienst höherer Lebensqualität zu stellen, Gegenkräfte gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht zu mobilisieren, Mehrheiten für notwendige Veränderungen vorzubereiten und die Demokratisierung der Gesellschaft voranzutreiben.

Da die Sozialdemokraten den Verfassungskonsens der westlichen Demokratie mittragen, auch wenn sie niemals die Verantwortung für andere, konkurrierende Kräfte übernehmen können, sprechen sie in vielen Fragen stellvertretend für die westliche Demokratie. Es wäre aber zu begrüßen, wenn andere politische Kräfte sich in ähnlicher Weise am kontroversen Dialog der Systeme beteiligten.

IV.

Ansätze für eine Kultur des politischen Streits

Wir sind uns also einig darin, daß Friede die Grundvoraussetzung für die Verwirklichung unserer jeweiligen Werte und Prinzipien ist, daß Zusammenarbeit zur Wahrung des Friedens die Verleugnung dieser Werte weder verlangt noch ratsam erscheinen läßt.

Es gibt also Fragen, in denen wir einig sind, andere, über die wir weiter streiten müssen. Wir werden in der Spannung von Konsens und Konflikt leben müssen.

Was bedeutet dies für die Formen und Inhalte der Auseinandersetzung?

1. Beide Seiten müssen sich auf einen langen Zeitraum einrichten, während dessen sie nebeneinander bestehen und miteinander auskommen müssen. Keine Seite darf der anderen die Existenzberechtigung absprechen. Unsere Hoffnung kann sich nicht darauf richten, daß ein System das andere abschafft. Sie richtet sich darauf, daß beide Systeme reformfähig sind und der Wettbewerb der Systeme den Willen zur Reform auf beiden Seiten stärkt. Koexistenz und gemeinsame Sicherheit gelten also ohne zeitliche Begrenzung.

2. Beide Systeme müssen sich gegenseitig für friedensfähig halten.

Das im Osten vertretene Konzept der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und das im Westen, vor allem von Sozialdemokraten entworfene Konzept einer gemeinsamen Sicherheit setzen, soweit sie ernst gemeint und konsequent sind, beide die prinzipielle Friedensfähigkeit der anderen Seite voraus. Beide Konzepte wären theoretisch sinnlos und auf die Dauer auch nicht praktikabel, wenn sie die Annahme der prinzipiellen Unfriedlichkeit der anderen Seite aufgrund von deren Ideologien oder Interessenstrukturen einschlossen. Beide Seiten müssen daher für eine erfolgreiche Friedenspolitik beim jeweils anderen ein authentisches Interesse an der Erhaltung des Friedens in der atomar gerüsteten Welt voraussetzen - der Erfahrung friedensgefährdender Konflikte zum Trotz.

3. Beide Systeme müssen zu verhindern versuchen, daß sie vom jeweils andern so wahrgenommen werden, als seien sie auf Expansion, ja gewaltsame Expansion angelegt.

Es gab und gibt in beiden Systemen die Befürchtung, daß das andere System angesichts seiner Interessenstruktur und der jeweils herrschenden Ideologie auf die Ausdehnung seines Einfluß- und Herrschaftsbereiches angelegt sei. Im Westen ist dies die Befürchtung, daß die marxistisch-leninistische These vom weltrevolutionären Prozeß auf Revolutionsexport hinauslaufe und zur Rechtfertigung sowjetischer Machtansprüche diene. Im Marxismus-Leninismus gründet sich die entsprechende Befürchtung auf die Marxsche Analyse des Wesens der kapitalistischen Warenproduktion, auf Arbeiten Lenins über das Wesen des Monopols sowie auf die Wahrnehmung und Deutung der dominierenden antikommunistischen Strategie und Politik der Gegenwart.

Daher müssen in dem Prozeß, der zu gemeinsamer Sicherheit führt, auch solche Ängste abgebaut werden. Beide Seiten müssen sich darum auch dann bemühen,

wenn sie sich durch solche Befürchtungen mißverstanden sehen.

4. Auch wenn für einen Prozeß gemeinsamer Friedenssicherung Verträge, Abmachungen und Institutionen nötig sind, reichen sie allein nicht aus. SED und SPD sprechen sich für die Entwicklung einer Kultur des Streits und des kontroversen Dialogs aus. Diese Kultur des politischen Streits muß

- auf einer realistischen Analyse der Möglichkeiten beider Seiten beruhen,
- die gesellschaftspolitischen Grundsätze klar zum Ausdruck bringen,
- sie nicht auf die Beziehungen zwischen Staaten übertragen,
- Gewalt oder Krieg als Mittel der Konfliktlösung ausschließen und starre Konfrontationen überwinden,
- und damit einem Frieden dienen, der auch international auf gewaltfreie Konfliktregelung setzt.

Für eine solche Kultur sind für beide Seiten akzeptable Normen des Umgangs miteinander zu entwickeln, die handhabbar sind und beiden gleichermaßen erlauben, ihre grundlegenden Werte zur Geltung zu bringen. Diese politische Kultur entsteht, wenn aus Absichtserklärungen Handlungsweisen werden und allmählich eine neue Praxis des täglichen Umgangs miteinander wächst.

5. Es muß zum Normalfall werden, daß wir miteinander handeln, verhandeln und zusammenarbeiten, während wir gleichzeitig da offene und klare Kritik äußern können, wo nach unserem Verständnis die Friedensbereitschaft, der Wille zur Verständigung, die Menschenrechte und die Demokratie im anderen Bereich verletzt werden. Kooperation, Wettbewerb und Konflikt müssen gleich akzeptierte Formen des Umgangs miteinander werden.

6. Die Beziehungen zwischen den Systemen können nicht nur bestimmt sein durch das Nebeneinander von Streit, Wettbewerb und Kooperation. Nötig ist auch der Wettbewerb in der Kooperation.

Zu den grundlegenden Menschheitsinteressen gehören außer dem Frieden auch die Erhaltung der Biosphäre und die Überwin-

dung von Hunger und Elend in der Dritten Welt. Dies verlangt die umfassende Zusammenarbeit zwischen Ost und West. Solche Zusammenarbeit schließt Wettbewerb um die fruchtbarsten Beiträge jedes Systems zu den großen Menschheitsaufgaben ein. Wettbewerb in der Kooperation käme allen Menschen zugute.

V.

Grundregeln einer Kultur des politischen Streits

Eine Kultur des politischen Streits, die den Frieden sichert, ja dem Frieden zu dienen hat, kann nur in ihren grundsätzlichen Normen und Regeln beschrieben werden. In der politischen Praxis müssen solche Regeln durch angemessenes Handeln der Staaten verschiedener Gesellschaftsordnungen und der unterschiedlichen sozialen und politischen Kräfte mit Leben erfüllt werden. Das wird in dem Maße gelingen, wie sie sich als lernfähig erweisen. Politischer Realismus wird sich gegen Ungeduld wappnen müssen. Trotzdem lassen sich einige Regeln formulieren.

1. Gesellschaftssysteme sind nichts Statisches. Sie verändern und entwickeln sich von Land zu Land differenziert auf ihren eigenen Grundlagen. Sie stehen immer wieder vor neuen Aufgaben, die sie ohne Veränderung, Fortentwicklung und Reform nicht bewältigen können. Der Systemwettbewerb kann solche Veränderungen noch beschleunigen. Das zukünftige Bild der Gesellschaftsordnungen wird sich so von dem heutigen wesentlich unterscheiden. Beide Gesellschaftssysteme müssen einander Entwicklungsfähigkeit und Reformfähigkeit zugestehen.

2. Niemand darf für sich ein Recht der deutlichen Kritik und der polemischen Darstellung in Anspruch nehmen, ohne es dem Kritisierten in gleichem Maße zuzubilligen. Die „souveräne Gleichheit“, von der die KSZE-Schlußakte spricht, bezieht sich auch auf die geistige Auseinandersetzung im Rah-

men des Entspannungskonzepts. Kritik und Kooperation dürfen einander nicht ausschließen.

3. Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen im anderen System sollte auf nachprüfbaren Tatsachen beruhen. Sie sollte auch getragen sein von dem Versuch, sich zunächst in die Logik der anderen Seite hineinzuversetzen, freilich nicht, um deren Absichten stets gutzuheißen, sondern um die Zusammenhänge ihres Handelns zu verstehen. Wer diesen Versuch unternimmt, wird sich nicht in aggressiver Polemik erschöpfen.

4. Ausschlaggebend für eine neue Kultur des politischen Streits ist also eine realistische und differenzierte Analyse und Darstellung der anderen Seite statt Propagierung pauschaler Feindbilder und der Weckung von Bedrohungsängsten. Vermieden werden muß alles, was die andere Seite als prinzipiell unfriedlich oder zum Frieden unfähig erscheinen läßt.

Diese Friedensbereitschaft wird um so glaubwürdiger, je mehr sich beide Seiten bemühen, lokale Konflikte zu vermeiden oder zu beenden und weder direkt noch indirekt zu fördern.

5. Die ideologische Auseinandersetzung ist so zu führen, daß eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten unterbleibt. Kritik, auch in scharfer Form, darf nicht als eine „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ der anderen Seite zurückgewiesen werden. Jedenfalls gilt auch hier das Prinzip der souveränen Gleichheit, daß keine Seite praktisch in Anspruch nehmen darf, was Sie der anderen nicht zubilligt.

6. Die offene Diskussion über den Wettbewerb der Systeme, ihre Erfolge und Mißerfolge, Vorzüge und Nachteile, muß innerhalb jedes Systems möglich sein. Wirklicher Wettbewerb setzt sogar voraus, daß diese Diskussion gefördert wird und praktische Ergebnisse hat. Nur so ist es möglich, daß öffentlich eine vergleichende Bilanz von Praxis und Erfahrungen beider Systeme gezogen wird, so daß Mißlungenes verworfen, Gelungenes festgehalten und gegebenen-

falls übernommen und weiterentwickelt werden kann.

7. Der umfassenden Informiertheit der Bürger in Ost und West kommt im Prozeß der Friedenssicherung und des Systemwettstreits eine wachsende Bedeutung zu. Dazu müssen die Staaten in beiden Systemen entsprechend der KSZE-Schlußakte auf ihrem Territorium die Verbreitung von periodisch und nicht periodisch erscheinenden Zeitungen und gedruckten Veröffentlichungen aus den anderen Teilnehmerstaaten erleichtern.

8. Der Dialog zwischen allen gesellschaftlichen Organisationen, Institutionen, Kräften und Personen auf beiden Seiten gewinnt wachsende Bedeutung für die Friedenssicherung und den Wettbewerb der Systeme. Das schließt auch Besuch und Gegenbesuch, die Teilnahme an Seminaren, wissenschaftlichen, kulturellen und politischen Veranstaltungen über die Systemgrenzen hinweg ein.

Neues Denken, neues Handeln

Gemeinsame Sicherheit ist nicht zu erreichen, wenn ideologische Gegensätze in Formen ausgetragen werden, die zwischenstaatliche Beziehungen gefährden oder vergiften oder gar Machtkonflikte als unversöhnlichen und unausweichlichen Kampf zwischen Gut und Böse erscheinen lassen.

Zur gemeinsamen Sicherheit gehört der Verzicht auf Versuche, sich unmittelbar in die praktische Politik in anderen Staaten einzumischen, aber auch der friedliche Wettbewerb der Systeme, ein Wettbewerb, der sich im Rahmen gemeinsam erarbeiteter Regeln hält und eine Kultur des politischen Streits und schließlich des kontroversen Dialogs einschließt.

Dies entspricht der Politik einer Friedenssicherung, zu der sich SPD und SED bekannt haben.

DIE ZEIT, 28. August 1992

DER GENERAL GING UNTER DIE DECKE

Von Carl-Christian Kaiser

Heute vor fünf Jahren wurde das berühmte SPD/SED-Papier über den „Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ veröffentlicht. In der DDR gab es ein so gewaltiges Echo, daß die SED-Spitze nervös wurde. Nun steht auch die SPD wieder dazu.

* * *

Am Ende kamen, frei nach Karl Marx, die ideologisch so verfestigten Begriffe und Verhältnisse doch ins Tanzen. Und die Melodie, die ihnen vorgespielt wurde, war hochpolitisch. Die Ausgabe des Tagesspiegels vom 24. Mai 1989 gibt davon viel wieder. Damals berichtete das (weiland noch West-)Berliner Blatt von einem Seminar des Aspen-Instituts, das am letzten Tag in der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED zu Gast gewesen war. Was die Zeitung mitteilte, war sensationell.

Nach Ansicht der Akademie, so stand im Tagesspiegel zu lesen, würden die neunziger Jahre in der DDR wesentlich davon bestimmt sein, daß „Sozialismus ohne Demokratie und ohne umfassende Verwirklichung der Menschenrechte ... kein Sozialismus wäre“. Ohne Demokratie könne sich menschliche Individualität nicht entfalten. Neue - also sozialistische - Eigentumsverhältnisse garantierten diesen Prozeß aber noch nicht.

Als Kernfrage, so hieß es weiter, betrachte die SED-Akademie „die reale Beteiligung der Bürger an der Vorbereitung, Durchführung und Kontrolle der staatlichen Entscheidungsfindung“. Auch frage sich, „ob Einstimmigkeit immer die entscheidende Form für die sozialistische Demokratie“ sein solle. Kollektive Interessen und die wachsenden individuellen Bedürfnisse müßten ausgeglichen werden. Schließlich: „Demo-

kratie ist ein selbständiger Wert ohne Wenn und Aber und nicht nur Mittel zum Zweck.“ Bei so vielen brisanten Postulaten vermied es der Tagesspiegel, Roß und Reiter zu nennen. Doch sein Hinweis, daß an der Aspen-Tagung die Professoren Otto Reinhold, der Rektor der ZK-Akademie, sowie Erich Hahn und Rolf Reißig, beide Institutsdirektoren an der Hochschule, teilgenommen hätten, war deutlich genug. So kam es nicht von ungefähr, daß Hermann Axen, das für die Außenpolitik zuständige Mitglied des SED-Politbüros, von Erich Honecker kommend, warnend in der Akademie anrief: „Der General ist unter die Decke gegangen!“

Der Generalsekretär verlor die Fassung, weil der Bericht des Tagesspiegels Gedankengänge wiedergab, die auf die ohnehin verunsicherte SED unerhört und verwirrend wirken mußten. Das galt um so mehr, als sie sich, einer Akademie-Studie im Vorfeld des für den Mai 1990 angesetzten nächsten SED-Parteitage entstammend, wie die Fortsetzung und konsequente Anwendung eines anderen Dokuments ausnahmen: des berühmten SPD/SED-Papiers über den „Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“, das am 27. August 1987 veröffentlicht worden war - heute vor fünf Jahren.

Ist der Aspen-Bericht das letzte Zeugnis von Reformüberlegungen in der DDR-Staatspartei vor ihrem Untergang und dem ihres Staates, so stellt das Streitpapier das am meisten herausragende und umstrittene Ergebnis des Dialogs dar, den die beiden Parteien bis kurz vor dem Zusammenbruch des SED-Regimes geführt haben. In den achtziger Jahren spitzte sich das Ost-West-Verhältnis wieder gefährlich zu. Auf die sowjetische Raketen-Nachrüstung reagierte der Westen mit einer Nach-Nachrüstung. Und Ronald Reagan rüstete auch ideologisch auf, indem er vom Osten als Born alles Bösen und davon sprach, daß die Seite des Kommunismus aus dem Buch der Weltgeschichte herausgerissen gehöre.

Damals antwortete die SED bewußt mit einer „Politik des Dialogs“, die ihr, noch vor Gorbatschow, in Moskau keinen Beifall,

sondern einen Schlagabtausch zwischen der Prawda und dem Neuen *Deutschland* eintrug. Aus der Opposition in Bonn heraus ergriff auch die SPD die Initiative. Mit der SED erarbeitete sie Vorschläge für eine von Chemiewaffen freie Zone und einen von atomaren Gefechtsfeldwaffen freien Korridor im Zentrum Europas. Erich Honeckers Sorgen waren ehrlich. Auch im Blick auf die auf dem eigenen Territorium stationierten neuen Raketen sprach er von „Teufelszeug“; auf den von den Sozialdemokraten entwickelten Begriff der „Sicherheitspartnerschaft“ reagierte er mit der Devise von einer „Koalition der Vernunft“.

Die Resonanz, die er innerhalb und außerhalb der DDR fand, war groß; zum ersten Male erlebte die SED internationale Anerkennung. Nicht zuletzt dieses politische und psychologische Hoch hat dazu beigetragen, daß es, nach halb privaten Sondierungen, von 1984 an auch zu den Gesprächen über gesellschaftspolitische und ideologische Themen kam, aus denen das Streitpapier von SPD und SED hervorgegangen ist. Die SPD entsandte ihre Grundwertekommission mit Erhard Eppler an der Spitze, die SED Mitglieder ihres „Denktanks“, der ZK-Akademie, mit den Professoren Reinhold und Hahn sowie später Reißig als herausragendem Dreigestirn. Nicht alle in der SPD-Grundwertekommission waren von dem Expeditionsunternehmen ohne weiteres angetan. „Beziehungen“ mit der SED wolle man nicht, knurrte Richard Löwenthal gleich am Anfang. Später sagte er zu den Akademieabgesandten: „Wir sind Ihre Partner, aber nicht auf Ihrer Seite.“ Der Unterschied zeigt, wie allmählich ein Grundstock an Vertrauen in die Aufrichtigkeit und Fairneß der jeweils anderen Seite wuchs - so sehr die Spannungen in der Sache anhielten, so wenig einer dem anderen etwas schenkte und so oft es bei den harten Kontroversen danach aussah, als werde zumindest eine Delegation den Tisch umstürzen.

Freilich gewannen die Sozialdemokraten gleich zu Beginn den Eindruck, keiner geschlossenen Phalanx gegenüberzustehen,

sondern sozusagen einer Vielfalt in der Einheit. Nicht ohne Verwunderung, so notierte Eppler später, habe man „auf der anderen Seite einen - bisher von außen nicht wahrnehmbaren - Prozeß der Differenzierung, der Wandlung, der Öffnung fest[gestellt], ein Ringen mit neuen Realitäten, das an dem Bild von der dogmatisch verhärteten Funktionärspartei rasch Zweifel aufkommen ließ“.

Umgekehrt machte es auf die Gesellschaftswissenschaftler der SED großen Eindruck, wie die Bank der Sozialdemokraten bei aller Heterogenität immer wieder zu einer Einheit in der Vielfalt fand. Die atmosphärische Annäherung zählte um so mehr, als es schon bei den ersten drei Treffen um die ideologischen Gegensätze ging. Ob es sich um die Probleme aus dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt für die Arbeitswelt, um die gesellschaftliche Entfremdung und die unterschiedlichen Menschenbilder, um Gesetzmäßigkeiten der historischen oder sozialen Entwicklung oder um den gesellschaftlichen Bewußtseinswandel in Ost und West handelte - die Dispute kreisten immer wieder um die Kernfragen und grundsätzlichen Differenzen.

Im Februar 1986 folgte das vierte Treffen, das beide Seiten auch im nachhinein als das aufregendste empfinden. Es war das erste, an dem auch fünf westdeutsche Journalisten teilnehmen konnten; bei den späteren Zusammenkünften gesellte sich auch eine Handvoll DDR-Kollegen hinzu. Zur Debatte stand die Frage, welche Konsequenzen die gemeinsame Sicherheit, von der immer mehr gesprochen wurde, denn für den Streit zwischen den Gesellschaftsordnungen, zwischen den konträren Systemen und ihren Ideologien haben müßte.

Der Glücksfall, der den Namen Michail Gorbatschows trug, machte auch hier Geschichte. In einem noch druckfeuchten Bündel brachten die Akademie-Professoren jenes Neue *Deutschland* mit, in dem auf zehn engbedruckten Seiten die große Rede wiedergegeben war, die der neue sowjetische Generalsekretär gerade vor dem XXVII. Parteikongreß der KPdSU gehalten hatte.

Es kam zu jener unvergeßlichen Szene, in der Sozialdemokraten und Kommunisten entdeckten, daß sie die gleichen Stellen angekreuzt hatten - besonders den Satz, daß angesichts der nuklearen Bedrohung „die Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus lediglich und ausschließlich in Formen des friedlichen Wettbewerbs und der friedlichen Rivalität verlaufen kann“.

Zwar war dieser Satz nicht völlig neu; vielmehr lag er schon lange in der Luft. Aber eben deshalb deckte er sich mit den bereits vorher formulierten Thesen, die Thomas Meyer von der Grundwerte-Kommission und Harald Neubert, Institutsdirektor an der ZK-Akademie, vortrugen. Für die fundamentalen Gegensätze zwischen Ost und West, so Meyer, müsse „eine Kultur des politischen Streits“ entwickelt werden, die dem kategorischen Imperativ der Friedenserhaltung genüge. Und Neubert postulierte: „Gefordert wird, daß die Monopol-Bourgeoisie ihre Interessen und Ziele in einer Weise und mit Mitteln verfolge, die nicht mit den Galtungsinteressen der Menschheit kollidieren.“

Als Erhard Eppler sekundierte, in der Welt der Massenvernichtungsmittel sei der eine nur so sicher wie der andere auch und die Existenzberechtigung des jeweils anderen könne und dürfe nicht länger in Abrede gestellt werden, hörten die SED-Abgesandten wie gebannt zu. Umgekehrt wurde es in der Reihe der Sozialdemokraten ganz still, als Rolf Reißig, zum ersten Male dabei, davon sprach, daß gerade der Wettbewerb der Systeme in den Dienst der Friedenssicherung gestellt werden müsse. Als Reißig sein Referat, das schon ganz auf der Linie der später dem Aspen-Seminar vorgetragenen Maximen lag, beendet hatte, sprach Eppler, fast atemlos, von einem kühnen, nach vorn weisenden Vortrag.

Spontan schlug er vor, über die Standpunkte beider Seiten versuchsweise etwas zu Papier zu bringen. Otto Reinhold, als Leiter der Ostberliner Delegation, stimmte zu. Damit begann die Entstehungsgeschichte des gemeinsamen Papiers. In anderthalb

Jahren mit mehreren Entwürfen aus der Feder Meyers, der das theoretische As der Sozialdemokraten war, und der Feder Reißigs sowie Überarbeitungen durch Eppler und Reinhold verwandelte sich die ursprünglich ins Auge gefaßte Niederschrift in ein ausgewachsenes Konzept für den künftigen Umgang zwischen Ost und West.

Ein wirksames und dauerhaftes System internationaler Sicherheit, hieß es in diesem Konzept, müsse außer dem militärischen auch den politischen, wirtschaftlichen und humanitären Bereich umfassen. Die Bannung der nuklearen Gefahr, die Erhaltung der Biosphäre wie die Überwindung der ökologischen Krise und die Bekämpfung der Not in den Entwicklungsländern seien systemübergreifend „gemeinsame Menschheitsaufgaben“. Sie trotz der grundlegenden sozialökonomischen, politischen und ideologischen Gegensätze zu lösen, sollte Gegenstand eines friedlichen Wettbewerbs der verschiedenen Systeme sein. Und auch der Streit über Grundpositionen könne Teil dieses Wettbewerbs werden.

Das wichtigste aber waren die anschließenden Regeln für eine politische Streitkultur. „Keine Seite“, hieß es dazu, „darf der anderen die Existenzberechtigung absprechen“, und „beide Systeme müssen sich gegenseitig für friedensfähig halten“. Ebenso müsse sich die Hoffnung darauf richten, daß sie auch reformfähig seien. Bei dem dann möglichen Dialog „in der Spannung von Konsens und Konflikt“ sei das Recht auf deutliche Kritik im gleichen Maße auch dem Kritisierten zuzubilligen; auch scharfe Kritik dürfe nicht als Einmischung in die inneren Angelegenheiten zurückgewiesen werden. Und vor allem: „Die offene Diskussion über den Wettbewerb der Systeme, ihre Erfolge und Mißerfolge, muß *innerhalb* [Hervorhebung durch die Redaktion] jedes Systems möglich sein.“

Genau besehen und bedacht, reihte sich in dem von Kommunisten mitunterschiedenen Papier eine Sensation an die andere. Die Offenheit der Geschichte statt ihres gesetzmäßigen Ablaufs war in den Thesen der gemeinsamen Erklärung ebenso angelegt

wie Grundformen des politischen Pluralismus anstelle eines Wahrheitsmonopols; die Maxime von der Koexistenz der Systeme verwandelte sich, wie Eppler festhielt, von einer taktischen, bis zum vorgezeichneten Untergang des Kapitalismus vorgesehenen Formel in die Definition einer dauerhaften Lebensform.

So erstaunlich waren alle diese Wandlungen, daß immer wieder die Frage auftauchte, was die SED bewogen habe, diese Zäsur mit herbeizuführen. Ihre entscheidenden Personen und Instanzen, zu denen Otto Reinhold ständigen Kontakt hielt, besonders zu Honecker selber, haben dem ganzen Unternehmen, auch als es so konkret wurde, keine Steine in den Weg gelegt. Zur Endfassung bemerkte Kurt Hager als „Chefideologe“ des Politbüros zwar, daß er bei Details viele Einwendungen habe, das Papier im ganzen aber sehr gut finde.

In der DDR fand die gemeinsame Erklärung sofort ein gewaltiges Echo, besonders bei den Schriftstellern und Künstlern, und vollends natürlich bei den Kirchen und den Bürgerrechtlern. Daß die SED von sich aus gleichsam den Inhalt des Menschenrechtskorbs der KSZE-Schlußakte von Helsinki bestätigte und sich ihm unmittelbar verpflichtete - das war eine handfeste Sensation.

Auch in der Staatspartei gab es bald ein Echo - aber fragend und verunsichert. Was denn mit der Existenzberechtigung sowie der Friedens- und Reformfähigkeit des Kapitalismus gemeint sei, wurde vor allem gefragt, ungeachtet der Interpretationen, welche die SED schon vorher verschickt hatte. Der erste gravierende Rückzieher kam bald. Öffentlich zog Hager nach einer -allerdings sehr differenzierten -Analyse der westlichen Bourgeoisie den Schluß, es handele sich darum, „daß der Imperialismus friedensfähig gemacht werden muß, nicht, daß er von Natur aus friedfertig ist“. Auch andere versuchten, in einem eherorthodoxen Sinne abzuwehren.

Darüber ging verloren, daß etwa Otto Reinhold oder Rolf Reißig bei ihren Interpretationen vieler hergebrachter Töne das imperia-

listische Expansionsstreben vorsichtig vom Militärischen ins Ökonomische verschoben (Eppler), daß es von der Rüstungspolitik der imperialistischen Staaten hieß, sie sei zwar „systemadäquat“, aber nicht „systemnotwendig“, und daß sich an nicht wenigen Aufsätzen in den Theorie-Zeitschriften der SED oder DDR ablesen ließ, welche Veränderungen in den Köpfen stattgefunden oder begonnen hatten.

Schon nach den ersten Einschränkungen war der Haussegel bei den unverändert fortgeführten Treffen zwischen der SPD-Grundwertekommission und den SED-Gesellschaftswissenschaftlern nicht mehr ganz im Lot. Zwar wurde weiter heftig kontrovers debattiert: über die Entwicklungspolitik, über den Fortschrittsbegriff und zuletzt über die Menschenrechte. Aber der Elan nahm ab, die Gespräche wurden bockiger und, was die Akademie-Professoren anging, sozusagen auch beklommener. Angesichts des weiter anschwellenden Echos auf das im *Neuen Deutschland* vollständig abgedruckte Papier, von dem nicht wenige DDR-Bürger ganze Passagen auswendig hersagen konnten, fiel die SED-Spitze in alte Muster zurück. War ihr das Papier einerseits willkommen, nicht zuletzt auch als Fortschritts- und Reformbeweis vor Gorbatschow, so begann sie andererseits wie früher zu fürchten, daß sich in ihrem Herrschaftsgebiet „Sozialdemokratismus“ ausbreiten könnte. Und ob im Apparat abgesprachen oder nicht, es kam zu handfesten Repressionen - durch die Beschlagnahme der Umweltbibliothek der Ostberliner Zionsgemeinde schon 1987, durch hartes Vorgehen gegen Dissidenten bei der Rosa-Luxemburg-Demonstration 1988 und durch Repressalien gegen Friedensgruppen oder Ausreisewillige.

Im März 1989 protestierte die Grundwertekommission energisch gegen alle Verstöße gegen Geist und Buchstaben des gemeinsamen Papiers. Aber bei der nervös gewordenen SED-Spitze fruchtete das nicht mehr. So kam es dem Abbruch der Gespräche gleich, als Erhard Eppler, bitter enttäuscht und wohl auch persönlich verletzt,

in seiner Gastrede zum 17. Juni 1989 vor dem Bundestag sagte, er sei, was die gegenwärtige Führung der SED betreffe, ohne Zuversicht.

In der umfangreichen Stellungnahme, welche die Sozialdemokraten jetzt zum fünften Jahrestag des Papiers herausgebracht haben, wird das Verhalten der ehemaligen Staatspartei mit dem widerspruchsvollen Versuch erklärt, „das ideologische Feindbild außenpolitisch zu entschärfen, es aber als innenpolitische Legitimationsbasis zu erhalten“. So ist es wohl gewesen. Ob die SED-Führung, als sie auch das gemeinsame Papier promovierte, dessen innenpolitische Brisanz unterschätzte, ob sie vorsichtshalber alles auf die Augen Honeckers stellte oder ob sie dann im Vorfeld der November-Wende schon innerlich schwach und ratlos war - das steht dahin. Das Papier hat den Auflösungsprozeß beschleunigt; mit und an seiner doppelbödigen Strategie ist das kommunistische System, so die neue SPD-Stellungnahme, am Ende gescheitert.

Die neue Erklärung der SPD kommt nun freilich sehr spät. Kurz vor und erst recht nach der Wende in der DDR hat sie sich das Papier mit der SED so gut wie widerspruchsfrei von ihren triumphierenden Bonner Gegnern um die Ohren schlagen lassen - allen voran damals Volker Rühe mit seinem üblen Wort vom „Wandel durch Anbiederung“. Eilends stuften die Sozialdemokraten das Papier zurück. Und gegen ihre ehemaligen Diskussionspartner verhielten sie sich so, als wollten sie nicht mehr Unter den Linden begrüßt werden - lauter beschämende Vorgänge.

Erst jetzt heißt es, auf das gemeinsame Papier bezogen: kein Anlaß zur Scham. Natürlich hat der sozialdemokratische Opportunismus außer dem Zusammenbruch des SED-Staats auch eine Reihe von internen Gründen. Nach anfänglicher Verblüffung waren die ersten Kommentare zum Papier, auch in dieser Zeitung, meistens skeptisch bis ablehnend. Dann gab es eine Auguren-Diskussion, die sich wie verstaubt ausnahm. Konservative Sozialdemokraten wie zum Beispiel Dieter Haack, Minister in der sozi-

aliberalen Regierungszeit, lehnten jedes Eingehen auf den Kommunismus rundheraus ab. „Verbrüderungstendenzen“, eine „Entleerung des Friedensbegriffs“ und „Wertneutralismus“ wurden den Sozialdemokraten vorgeworfen.

Nurwenig übertreibend, hat Hanne-Margret Birckenbach in einer vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitikan der Hamburger Universität betreuten scharfsinnigen Studie, die sich mit Chancen und Schwierigkeiten von Friedensstrategien beschäftigte, zu den ganzen Einwänden festgehalten: „Weder in der bundesdeutschen Öffentlichkeit noch in der von der SED geleiteten Debatte in der DDR wurden die Vereinbarungen auf der Basis der Einsichten und Analysen von gemeinsamer Sicherheit, wie sie dem Papier zugrunde gelegt worden sind, bewertet. Die Urteile blieben vielmehr im Klischee von gegeneinander gerichteten Machtinteressen rivalisierender Systeme befangen.“

Das gilt bis jetzt. Noch in diesem Sommer hat Tilman Fichter, früher ein Kopf des Sozialistischen Studentenbundes, der SPD allen Ernstes indirekt vorgeworfen, daß sie weiland „das Leben der Freiheit“ vorgezogen und über rein estatistischer Gleichgewichtspolitik die Bürgerrechtler nicht nur in der DDR hintangestellt habe. Daß es da Defizite gab, steht nun auch in der neuen SPD-Erklärung. Freilich haben Hans-Jochen Vogel, Erhard Eppler, Jürgen Schmude, Gert Weisskirchen und viele andere zahlreiche Kontakte auch zu den Kirchen und den Bürgerrechtlern unterhalten. Von daher wird ihnen aber auch noch eine spezifische Schwierigkeit in Erinnerung sein, nämlich jene verständliche, aber nicht hilfreiche Mentalität bei vielen Dissidenten, die selbst ein so kluger Kopf wie Jens Reich noch dieser Tage in die verächtliche Wendung von den „Samtpfoten um der lieben Entspannung willen“ gefaßt hat.

Demgegenüber weist die SPD in ihrer Erklärung mit vollem Recht darauf hin, daß bis zuletzt die politische Kooperation mit dem SED-Regime das einzige Mittel gewesen sei, um Fortschritte zu erreichen und nicht

die Tendenz zu forcieren, den letzten Ausweg in Selbstisolation und Gewalt zu suchen. Manche Abschnitte lesen sich jedoch so, als sei es statt um Wandel doch um die völlige Abschaffung des DDR-Regimes gegangen, auch mit Hilfe des gemeinsamen Papiers. Am deutlichsten wird diese nachteilige Anpassung in dem Satz, die Grundwertekommission der SPD habe „in den 80er Jahren die SED ernster genommen, als sie, von heute aus gesehen, zu nehmen war“. Was für ein Tritt gegen die einstigen Diskussionspartner, die so ernsthaft bei der ehemals gemeinsamen Sache waren!

Glücklicherweise ändert das nichts an dem objektiven Wert des alten Papiers. Es ist ein Beispiel dafür, wie Grundkonflikte zwischen zwei mächtigen antagonistischen Systemen, wenn nicht gelöst, so doch gemildert werden können. Und die großen Menschheitsaufgaben bleiben sowieso. Nein, zu Scham, Opportunismus und Selbstrechtfertigung gab und gibt es keinerlei Anlaß. Für die Geistesgeschichte des Ost-West-Konflikts wird das gemeinsame Papier ein Meilenstein sein.

Süddeutsche Zeitung, 4. Juli 1992

PANIK NACH DEM BRÜCKENSCHLAG

Herbert Riehl-Heyse

Warum nur will sich niemand mehr erinnern an den riskanten Dialog zwischen SPD und SED vor fünf Jahren?

I.

Die Stille zu diesem Thema ist schon fast unüberhörbar, und wenn sie doch jemand unterbricht, dann sind es die Linken, die ja immer Stoff brauchen, um sich ein wenig zu bekämpfen. Neulich hat Tilman Fichter in der *Neuen Gesellschaft* der SPD vorgeworfen, sie habe damals „das Leben der Freiheit vorgezogen“; Johano Strasser, der damit auch gemeint war, hat einigermaßen konsterniert mit der Frage gekontert, ob man vielleicht zur gewaltsamen Befreiung des Ostens hätte aufrufen und den Atomkrieg riskieren sollen. Ansonsten kaum Anklagen, nur ein paar kleinere Rechtfertigungsartikel (Eppler) zum berühmtem Dialog- und Streitpapier von SPD und SED aus dem Jahre 1987 - und das verwundert schon ein wenig angesichts der Tatsache, daß es ansonsten jedem ehemaligen Kirchenrat und jeder besseren Eiskunstläuferin der DDR vorgehalten wird, wenn sie sich einmal zu oft oder zu freundlich mit einem Funktionär von SED oder, das wäre natürlich noch besser, der Staatssicherheit getroffen haben. Vielleicht interessiert sich ja auch deshalb keiner so recht für jene Gespräche zwischen deutschen Sozialdemokraten und deutschen Kommunisten, weil die ziemlich offen stattfanden und also heute nichts enthüllt werden kann. Dabei geht es, bei allen Unterschieden, doch häufig um das gleiche, wenn von den völlig objektiven Schiedsrichtern die jüngste Vergangenheit bewertet wird: um die Frage, wie erlaubt es war, sich in der zweigeteilten Welt einzurichten; wie moralisch es war, sich zu

den Kommunisten an einen Tisch zu setzen; wie dumm es war (mit Henry Kissinger zum Beispiel), zu glauben, daß „sich die kommunistische Herausforderung nie ändern wird“. Was die richtige Beantwortung all dieser Fragen angeht, so hat auch die SPD keinen Anlaß, sich in die Brust zu werfen. Sie sollte aber auch nicht in Sack und Asche gehen, schon weil das der Wahrheitsfindung nicht zuträglich ist: Im Falle jenes Dialogpapiers wäre es vor allem interessant, ob und in welche Richtung (und wie geplant) es womöglich den Zeitpunkt beeinflußt hat, an dem sich die kommunistische Herausforderung fürs erste erledigt hat.

II.

Übrigens ist das Interesse der Öffentlichkeit an jenem Dialog die ganzen Jahre über in Wellenbewegungen durch die beiden Deutschlands geschwappt. Als im Frühjahr 1984 alles anfang zwischen der Grundsatzkommission der SPD und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, da fiel das den Redaktionen der westdeutschen Zeitungen schon deshalb kaum auf, weil gleichzeitig die Abrüster beider Parteien - Egon Bahr und Hermann Axen zum Beispiel - heftig über jene Vorschläge zu atom- oder chemiewaffenfreien Zonen diskutieren mußten, die sie selber allerdings nicht einrichten konnten. Zum erstenmal ein größeres Echo gab es, als im Winter 1987 ein paar Journalisten unverhofft zu einem solchen Treffen eingeladen wurden in ein Schwarzwälder Hotel. Wir waren jedenfalls schon einigermaßen überrascht über Klima und Inhalt der Gespräche: Es sei die „Ängstlichkeit der SED-Delegation, ihre defensive Argumentation, die am meisten auffällt“, stand damals in der SZ. Aber auch, daß ein junger Professor namens Rolf Reißig für die SED-Seite aufgetreten sei und in einer bemerkenswerten Rede vom Wettbewerb der Systeme gesprochen habe, bei dem jede Seite „ihre Vorzüge“ entwickeln würde und daß in dem Wettbewerb „auch die Frage der Menschenrechte eine Rolle spielen“ könne.

Die nächste Phase konnte man dann wieder in allen Zeitungen nachlesen, und wie. Aus den Gesprächen - und nicht zuletzt angeregt durch den Diskussionsbeitrag des Rolf Reißig - war nämlich inzwischen das berühmte Papier geworden, das am 28. August 1987 unter der Überschrift „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ veröffentlicht wurde. Was den Westen anging, so wurde es zwar nicht von vielen Menschen ganz gelesen - aber da so etwas noch nie eine Polemik über einen Text verhindert hat, stellte sich im Streit der Politiker bald heraus, daß es sich sowieso um ein Dokument des „Wandels durch Anbiederung“ (Volker Rühe) handelte, daß es aber auch in der veröffentlichten Meinung ganz wenig Anklang fand. Genaugenommen war das westdeutsche Presseecho verheerend: „Ein schmachvolles Papier“, schrieb die Welt, daß „die Sozialdemokraten aus der Vergangenheit nichts gelernt“ hätten, hielt ihnen der Zeit-Verleger Gerd Bucerius vor; auch die SZ fand im Leitartikel das Papier zumindest einen „riskanten Dialog“. Was aber war das Risiko - und für wen war es eines? Die FAZ brachte es auf den Punkt: Der Wettbewerb der Systeme, schrieb sie, werde von dem entschieden, der die Regeln bestimmt und das seien schon seit 1946 eben die Kommunisten - ein Gedanke, den die Welt zur besseren Verständlichkeit ins Lateinische übersetzte und damit schon beantwortete: *Cui bono?* Dem Kommunismus natürlich nützte es. Zwei Jahre später war der Wettbewerb allerdings völlig anders ausgefallen, als es die kommunistischen Regel-Bestimmer und ihre westdeutschen Interpreten gedacht hatten.

III.

Es mag also vielleicht nützlich sein, heute, im gewaltigen Abstand von beinahe fünf Jahren, mit einigen der damals Beteiligten noch einmal zu reden über den Lauf der Geschichte, und wie boshaft sie manchmal sein kann. Wir dürfen jedenfalls wohl davon ausgehen, daß sich der Leipziger Philosophie-Professor Seidel nichts wirklich Weltumstür-

zendes gedacht hat, als er eines Tages den evangelischen Christen und Sozialdemokraten Erhard Eppler aus der Bundesrepublik traf und im Laufe eines langen Gesprächs die Idee entstand, es sollten doch auch einmal Gesellschaftswissenschaftler aus beiden Parteien miteinander debattieren. Die Idee leuchtete auf beiden Seiten ein, und wer debattieren sollte, war auch bald klar: Die SPD hatte für solche Zwecke sowieso ihre „Grundsatzkommission“, die SED ihre Akademie für Gesellschaftswissenschaften, die unter ihrem bewährten Rektor Otto Reinhold gewiß nicht anfällig war für westliche Infiltration und schon per definitionem über jeden Verdacht des Sektierertums erhaben war. Der Anfang ist weiter nicht mehr wichtig. Es stimmt wohl, „daß alles zu Beginn ziemlich verkrampft war“, wie sich das Delegationsmitglied/Ost, Professor Erich Hahn, erinnert; auch wird übereinstimmend berichtet, daß die schärfsten Diskutanten auf westlicher Seite die jüngeren SPD-Leute Thomas Meyer und Johano Strasser waren (Hahn: „ein Polterkopf“), während die aus dem Osten meist froh waren, wenn man ihnen nichts antat. Daß Verbrüderung nicht stattfand, darauf legt Hahn noch heute Wert, die gab es nicht einmal, als man - das war am Berliner Scharmützelsee - einen gemeinsamen Kegelabend veranstaltete und einander „schreckliche Männerwitze“ erzählte, wie Strasser sich schauernd erinnert. Immerhin kam man langsam ins Gespräch miteinander, auch über den Austausch der alten Parolen hinaus, bis eines Tages - das war nach der Schwarzwälder Rede des Rolf Reißig - Erhard Eppler den Vorschlag machte, „das doch mal aufzuschreiben“. Es setzten sich also zusammen der Ostberliner Professor Rolf Reißig und der Gummersbacher Politologe Thomas Meyer, der „als junger Mann von uns gekommen ist“ (Reißig) und schon deshalb „ein Kritiker der DDR“, aber ein „demokratischer Sozialist“ gewesen sei. Nach acht Sitzungen und vier Entwürfen waren die Unterhändler fertig, dann dauerte es nur noch ein paar Wochen, bis man mit dem Ergebnis an die Öffentlichkeit ging.

IV

Wir sind inzwischen bei der spannenden Frage, wie man die historische Situation beschreiben muß, in welcher sich die deutschen Sozialdemokraten und Kommunisten um die diversen Tische in deutschen Landschaften versammelt haben und warum beide Seiten dachten, ein gemeinsames Papier wäre nicht schlecht. Was die SPD anging, so war sie natürlich damals in der Opposition, freute sich also über die Gelegenheit, selbst Deutschlandpolitik zu machen und damit in die Schlagzeilen zu kommen. Und außerdem war ein Papier bitter nötig, sonst wäre, sagt Strasser, „das Ganze ins Unverbindliche abgeglitten“. Erich Honecker wiederum, sagen Reißig und Hahn, hatte gewiß „wirkliche Angst vor der Überrüstung“ und wollte gegen Ende seines politischen Lebens als jemand „in die Geschichte eingehen, der etwas für den Frieden getan hat“ (Hahn). Es kam aber vor allem hinzu, daß man auf DDR-Seite durch das Papier so etwas wie „eine Legitimität nach außen und innen“ (Reißig) demonstrieren wollte, nicht zuletzt wegen der Politik Gorbatschows, der man auch irgend etwas Spannendes entgegensetzen wollte. In diesem Kalkül kam nun die erstmals so verhaßte SPD mit ihrer Ostpolitik ausgesprochen recht - was die SED zu einer Rechnung im Dreisatz bewog, die wegen diverser Fehleinschätzungen aller Beteiligten zu einem ganz unerwarteten Ergebnis führte. Und so ging der Dreisatz: 1. Die großen Politiker der SPD - von Willy Brandt über Helmut Schmidt bis Egon Bahr - hielten es fast bis zum Ende für lebensgefährlich, die DDR zu „destabilisieren“ (was soweit ging, daß Leute wie Johano Strasser oder Günther Grass Willy Brandt richtig ins Gewissen reden mußten, er solle nicht nur mit den Regierenden, sondern auch mit den Dissidenten reden). 2. Die SED faßte deshalb Zutrauen zur SPD, bis hin zur Verfertigung eines gemeinsamen Papiers. 3. Das so entstandene Papier hat dann stark beigetragen zur Destabilisierung der DDR.

V.

Man darf schon sagen, daß die Entwicklung alle Beteiligten überrascht hat - und noch mehr die Unbeteiligten. Hier im Westen hatten ja wenige Beobachter so richtig gesehen, was auch in diesem Papier stand, außer den in den Zeitungen so angefeindeten Floskeln, die an ein, zwei Stellen in der Tat ein bißchen sehr nach Friede, Freude und einem Eierkuchen aus Standardware der Handelsklasse C klangen. So fiel hier nicht weiter auf, daß daneben und vor allem auch Sätze formuliert waren, die bis dahin deutsche Kommunisten in einem offiziellen Dokument noch nicht unterschrieben hatten: Daß der verhaßte Imperialismus „friedensfähig“ sei, war da plötzlich festgehalten, daß beide Systeme „reformfähig“ (also auch reformbedürftig) seien, daß beide voneinander lernen könnten, obwohl doch noch vor kurzem die einzige Partei der Arbeiterklasse die Wahrheit für sich gepachtet hatte. Das Sensationellste aber war jene Passage in Abteilung V. Ziffer 6, in der über den Dialog zwischen den Systemen hinaus der innere Dialog gefordert wurde: „Die offene Diskussion über den Wettbewerb der Systeme“, so unterschrieben es die Kommunisten, „über ihre Erfolge und Mißerfolge, Vorzüge und Nachteile muß innerhalb jedes Systems möglich sein. Wirklicher Wettbewerb setzt sogar voraus, daß diese Diskussion gefördert wird.“ Was da stand, war nichts Geringeres als eine Magna Charta der Meinungsfreiheit in der DDR - und abgedruckt war sie im Neuen Deutschland.

Zwei Fragen vor allem werden die Historiker noch aufzuklären haben, wenn sie einmal ihre Bücher schreiben über das Papier: Wie konnte der SED so etwas überhaupt unterlaufen? Und was ist danach passiert? Wer heute mit ein paar Beteiligten spricht, bekommt naturgemäß nur vorläufige Antworten, aber ganz schlüssige: Eine davon ist, daß man sich die DDR in ihren letzten Jahren ziemlich chaotisch vorstellen muß, keineswegs so durchorganisiert, wie wir das hier immer dachten. Als damals in Freudenstadt der Professor Reißig sein Referat hielt,

dessen Außergewöhnlichkeit Erhard Eppler sofort auffiel - da „hatte ich das vorher niemand gezeigt“ (Reißig), und daß er es nicht getan hat, wurde ihm auch von niemand vorgehalten. Und so ging es weiter die ganze Zeit: Als Reißig mit Meyer über dem Papier brütete, gingen die Entwürfe an die zuständige Abteilung beim ZK, die dachte, das werde dann schon seine Ordnung haben. Erich Honecker bekam dafür hin und wieder schriftliche Vermerke von Otto Reinhold, aus denen hervorging, „wie klasse unsere Argumente ankommen“ (Reißig). Als das Dokument dann fertig war, wurde es von Honecker im Urlaub abgesegnet, was dazu führte, daß im Politbüro darüber nicht mehr diskutiert wurde, außer kurz vom Genossen Neumann, der den oberhirtlichen Segen nicht mitbekommen hatte. Die paar Vorbehalte - aus der Parteihochschule, auch der Akademie - wurden hinter vorgehaltener Hand artikuliert.

VI.

Jetzt begann nämlich erst einmal das Papier eine gewaltige Eigendynamik zu entwickeln - bei seinen östlichen Lesern wie bei den östlichen Fernsehzuschauern, die zu ihrer großen Verblüffung erleben durften, wie die Sozialdemokraten Eppler und Meyer auf einer SED-eigenen Mattscheibe Kommunisten in Verlegenheit bringen durften. Nicht so sehr bei den Dissidenten entstand übrigens diese große Wirkung: Da gab es Kritiker wie Ludwig Melhorn, die fanden, die SPD habe sich zu sehr mit den Funktionären eingelassen und zu wenig mit der Opposition (was für manche Altvorderen der Partei stimmte, aber nicht für viele Jüngere und nicht für einige Mitglieder der Grundsatzkommission, die in Dissidentenkreisen aus- und eingingen). Demgegenüber stand die große Mehrheit der Opposition, die das Papier, wie sich nicht nur Ulrike Poppe erinnert, sehr positiv aufnahm, es auch sofort unter die Leute brachte, „wenn wir auch zunehmend dachten, daß wir eigentlich diese Legitimationsgrundlage doch gar nicht brauchen“ (Poppe).

Wirklich eine Lawine ausgelöst hat das Papier aber in der kommunistischen Partei, deren Basis schließlich nicht blind war und die nun alle Hoffnung setzte auf den offiziell ausgerufenen inneren Dialog. In der SED, erinnert sich Reißig, gab es noch einmal Diskussionen, wie es sie seit 1968 nicht mehr gegeben hatte. Jedes Mitglied der Verhandlungsdelegation habe „acht bis zehn Einladungen pro Tag bekommen“: von den Unterorganisationen der Partei, von Lehrern, Künstlern, Universitäten, von der Armee. Plötzlich war da so etwas wie die Hoffnung auf eine DDR-eigene Perestroika, ein letzter Versuch, „die Lethargie noch einmal zu überwinden, so wie ich das schon gar nicht mehr erwartet hatte“ (Reißig). Als das Imperium endlich mitbekam, was da ablief, und zurückzuschlagen versuchte, waren ihm schon die Truppen davongelaufen. Die Intelligenteren unter den Betonköpfen hatten an sich sehr schnell gespürt, worauf man sich da eingelassen hatte: Margot Honecker bremste heftig, der Chefideologe Kurt Hager schrieb schon im Oktober 1987 im *Neuen Deutschland* einen distanzierten Artikel zum Papier. Anfang 1988 - Reißig hatte gerade der *Berliner Zeitung* ein aufsehenerregendes Interview gegeben - wurden Reinhold und Reißig einbestellt von Hager, „wobei er mich eineinhalb Stunden lang fertiggemacht hat“ (Reißig). Nicht fertig genug, wie sich zeigte, weil die Reformer weitermachten: in Diskussionen, Referaten, Interviews. Wie tief sich der Bazillus schon eingefressen hatte in die eigene Partei, merkte ganz schnell die Stasi (die natürlich dabei war, als am 11. April 1988 in der Samaritergemeinde mit Jürgen Schmude über das Papier geredet wurde) und die als Fazit des Abends nach oben meldete, in der SPD-Spitze herrsche „Staunen darüber, daß sich die Regierung der DDR und die SED-Spitze auf ein solches Papier eingelassen“ haben. Anschließend merkte es dann auch die westdeutsche Presse, so daß verblüffenderweise im Dezember 1987 die Welt meldete, die SED sei „unter Druck durch SPD-Papier“. Und endlich merkte es sogar Erich Honecker: Der Generalsekretär sei „verrückt

geworden vor Wut“ meldete Hermann Axen dem Otto Reinhold, als im Frühjahr 1989 Rolf Reißig ein reformerisches Referat im Aspen-Institut gehalten hatte, von dem der Tagespiegel schrieb, das sei nun der Tenor der SED-Politik. Dabei hatte die SED schon gar keine Politik mehr.

VII.

Längst war da die Luft zwischen SPD und SED wieder eisenhaltig geworden, weil sich zeigte, daß die kommunistische Pateispitze - „panikartig“, wie Manfred Uschner schreibt, ein ehemals hoher SED-Funktionär - mit aller Macht den Geist wieder in die Flasche zurückstopfen wollte, den ihre Akademiker herausgelassen hatten: Erst durfte das Papier nicht, wie geplant im Dietz-Verlag als Buch erscheinen, dann wurde die Umweltbibliothek der Zionskirche nach all dem Diskussionsmaterial durchfilzt, das zu fördern man sich doch verpflichtet hatte, dann mußte Otto Reinhold die von der SPD artikulierten Enttäuschung „über den Umgang der SED mit dem Papier“ in einem ND-Interview zurückweisen. Als im September 1989 eine SPD-Delegation, die mit der SED-Führung, aber eben auch mit oppositionellen Gruppen zusammentreffen wollte, von einem Tag auf den anderen ausgeladen wurde wegen „Einmischung und Konfrontation“, da hieß es in westdeutschen Kommentaren, die SPD-Politik sei gescheitert. Gescheitert war aber ein paar Wochen später die SED, die mit ihren eigenen Versprechungen nicht zurechtgekommen war, weil sie eben in Wahrheit schon lange nicht mehr die Spielregeln bestimmen konnte. Es war wirklich ein riskanter Dialog gewesen, auf den sie sich da eingelassen hatte. Zu riskant für die SED.

VIII.

Es war dann ja alles schnell zu Ende - und natürlich wird man lange darüber diskutieren können, warum der Einsturz der DDR so glimpflich abging und was die SPD damit zu tun hat. Soviel Grund hat die natür-

lich gar nicht, sich pausenlos auf die Schulter zu klopfen, denn unübersehbar war ja, daß die etablierten Groß-Sozialdemokraten bis kurz vor Schluß nicht aus ihrer Haut heraus konnten, weshalb zum Beispiel Hans-Jochen Vogel noch Mitte September 1989 davor warnte, die Gründung einer SPD in der DDR „in diesem Augenblick“ zu unterstützen (man durfte um Gottes willen nichts machen, was möglicherweise hätte destabilisieren können). Andererseits war ohnehin nichts mehr stabil; und da mochte es schon sein, daß die letzten Jahre der Diskussion das zivilisierte Zusammenbrechen sehr erleichtert hatten. Daß „die chinesische Lösung in der SED nicht mehr ernsthaft erwogen werden konnte“, meint Johano Strasser, habe eben auch mit den Debatten in der Partei zu tun gehabt. Und damit, daß die Gespräche zuvor den SED-Reformern erlaubt hätten, „für sich eine Zukunft zu sehen“.

Die Zukunft ist inzwischen Gegenwart und bekanntlich nicht so furchtbar fröhlich. Könnte das auch mit der Tatsache zusammenhängen, daß sich nun niemand mehr erinnern will im vereinigten Deutschland an die Irrtümer, Hoffnungen und Anstrengungen jener grauen Vorzeit, die gerade ein paar Jahre vorbei ist? Die Damen und Herren zum Beispiel, die damals als Mitglieder zweier Kommissionen ein wenig Geschichte gemacht haben, haben offenbar inzwischen nichts mehr miteinander zu reden. Den Otto Reinhold habe er kürzlich Unter den Linden getroffen, sagt Erich Hahn, aber was der jetzt mache, wisse er eigentlich nicht; selber ist Erich Hahn natürlich Frührentner, in welcher Eigenschaft er kürzlich einen Brief an Erhard Eppler geschrieben hat. Rolf Reißig immerhin ist, nach Auflösung der Akademie für Gesellschaftswissenschaften, inzwischen Leiter eines zunehmend erfolgreichen Instituts für Sozialforschung, mit dem er den Transformationsprozeß zwischen der alten und der neuen Zeit „wissenschaftlich begleiten“ will. In seinem Institut arbeitet man gerade an einer Studie über Geschichte und Konsequenzen des SPD/SED-Papiers.

BIOGRAPHISCHE HINWEISE

Prof. Dr. Lothar Bisky

Medienwissenschaftler. 1967-1980 Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig. 1980-1986 Akademie für Gesellschaftswissenschaften. Ab 1986 Ordentlicher Professor und Rektor an der Hochschule für Film- und Fernsehwesen Babelsberg (Arbeitsverhältnis ruht). Mitglied und Fraktionsvorsitzender der PDS im Brandenburgischen Landtag (seit 1990). Bundesvorsitzender der PDS (seit Januar 1993). Verfasser mehrerer Bücher zur Massenkommunikationsforschung.

Dr. Erhard Eppler

1961-1976 Mitglied des Bundestages. 1968-1974 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. 1973-1981 Landesvorsitzender der SPD in Baden-Württemberg. Langjähriges Mitglied von Vorstand und Präsidium der SPD. 1981-1983 und 1989-1991 Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentags. Als Vorsitzender der Grundwertekommission maßgeblich am Zustandekommen des Papiers „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ mit der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED beteiligt. Autor mehrerer Bücher.

Steffen Reiche

Theologe. Tischler. Gründungsmitglied der SDP am 7. Oktober 1989 in Schwante. Vorstandsmitglied. Seit Mai 1990 Landesvorsitzender der SPD in Brandenburg. Mitglied des Landtages und des Fraktionsvorstandes der SPD. Seit Oktober 1994 Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur in Brandenburg. Nahm in den Wendetagen aus dem SPD-Parteivorstand in Bonn einen großen Stapel des „Streit-Papiers“ mit in die Noch-DDR.

Prof. Dr. Rolf Reißig

Sozialwissenschaftler. 1964 bis 1978 tätig an der Universität Leipzig. Danach bis 1989 Akademie für Gesellschaftswissenschaften, maßgeblicher Mitautor des SED/SPD-Papiers. Anfang 1990 Gründung des unabhängigen und gemeinnützigen „BISS e.V. Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien“. Autor mehrerer Bücher zum Umbruch in der DDR und zu den Transformationsprozessen in Ostdeutschland.

Rolf Schneider

Schriftsteller. Aus dem Schriftstellerverband der DDR 1979 ausgeschlossen. Danach als DDR-Bürger in der Bundesrepublik lebend. Heute wohnhaft in Schöneiche bei Berlin. Er verfaßte einen „Spiegel“-Essay, in dem er das „Streit-Papier“ als Magna Charta einer möglichen Perestroika in der DDR bezeichnete.

Dr. Manfred Uchner

Politologe und Publizist. 1984-1989 als leitender Mitarbeiter des ZK der SED Mitglied der Gemeinsamen Abrüstungspolitischen Arbeitsgruppe SED/SPD. Geschäftsführer des Kautsky-Bernstein-Kreises e.V

Prof. Gert Weisskirchen

Mitglied des Bundestages seit 1976 (SPD). Fachhochschulprofessor. 1990/91 Gastdozent an der Berliner Humboldt-Universität. Mitglied der Enquetekommission des Deutschen Bundestages zur „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Unterhielt enge Arbeitskontakte zu kirchlichen Oppositionsgruppen in der DDR. Trat im Herbst 1989 für die Ablösung der Devise "Wandel durch Annäherung" durch „Wandel durch Auflehnung“ ein.

Peter Merseburger

Fernsehjournalist. Publizist und Buchautor.